

381 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 3. Juni 1970,  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Rechtspflegergesetz  
geändert wird

Mit dem vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates soll im wesentlichen der Wirkungsbereich der Rechtspfleger erweitert werden. Unter anderem sollen die in Verlassenschafts- sachen sowie in Vormundschafts- und Pflegschaftssachen bisher für Rechtspfleger maßgebenden Wertgrenzen von bisher 100.000 Schilling auf 200.000 Schilling erhöht werden. Außerdem sollen die Wertermittlungen in gewissen Fällen des Liegenschafts- teilungsgesetzes in den Wirkungsbereich der Rechtspfleger in Grundbuchsachen einbezogen werden.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 19. Juni 1970 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den Antrag, der Bundes- rat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 3. Juni 1970, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Rechtspfleger- gesetz geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 19. Juni 1970

Dr. Anna D e m u t h  
Berichterstatter

N o v a k  
Obmann